Nr. 324 XXVI. Jahrgang

Donnerstag, 28. November 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 23, 13 6 26, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis
Die einspaltige Petitzeile zahlt für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Inserate aus Kreisen, die Dresden und Umgebung mit Lebensmitteln versorgen, gelten andere Preise. Bei Wiederholungen und Anzeigen mit Platzvorschrift nach besonderen Sätzen. Anzeigenpreise für das Ausland siehe Tarif. Auf diese Preise werden 30% Teuerungszuschläge berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Anzeigen- und Beilagenannahme durch den Fernsprecher ist unzulässig. Alle Dresdner und auswärtigen Annoncenbüros sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unserem Tarifblatte an.

Bezugspreis
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.60, vierteljährlich M. 4.80.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezugspreis (einschließlich Zustellgebühr):
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatlich M 1.40 vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55 „ „ 4.65
In Deutschösterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatlich Kr. 2.52 vierteljährl. Kr. 6.56
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.80 „ „ 7.17
Nach d. Auslande in Bezug nehmen M 1.10. Einz.-Nummer 10 Pf.

Drohung mit der Besetzung Berlins

Die Entente gegen die Revolutionsregierung

Die maßgebenden Kreise der Entente sprechen sich nicht nur gegen jegliche Verhandlung mit der gegenwärtigen deutschen Revolutionsregierung aus, sondern schaffen auch da, wo sie die Möglichkeit dazu haben, die deutschen revolutionären Einrichtungen ab. So wird uns aus Saarbrücken berichtet, daß die französische Kommandantur angeordnet hat, daß alle roten Plakate entfernt werden müssen und die Hausbesitzer für die sofortige Entfernung verantwortlich gemacht werden. Ferner wird gemeldet:

g. Genf, 27. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Matin" meldet aus Saarbrücken: Der französische Befehlshaber hat die Soldaten- und Arbeiterräte als private Vereine mit antimilitaristischen Tendenzen zwangsweise geschlossen. Auf Agitation in der Besatzungsarmee für bolschewistische Soldaten- und Arbeiterräte steht Waffengebrauch des Besatzungsheeres.

g. Genf, 27. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Im Senatsausschuß sprach Clemenceau am Montag. Nach den Lyoner Blättern nahm er von neuem scharf Stellung gegen den Bolschewismus und erklärte, daß er die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten mit Gewalt verhindern würde. Mit einer bolschewistischen Regierung in Deutschland verhandle er niemals. Je mehr sich in Deutschland diese Regierungsform verankere, desto schärfer würden die Schutzmaßnahmen der Alliierten sein. Vorläufig sei der Friede noch fern.

× London, 26. November. (Reuter.) „Daily Chronicle" schreibt: „Irgendeine verantwortliche Regierung oder verantwortliche Regierungen müssen vom deutschen Volke eingesetzt werden, sonst können wir keine andre Wahl haben, als Deutschland selbst zu besetzen, bis die Schwierigkeiten behoben sind. Zu diesem Vorgehen würde man sich natürlich nur mit größtem Widerstreben entschließen."

s. Basel, 27. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Daily Mail" meldet: Die Erklärung Eisners auf der Berliner Konferenz, die Alliierten müßten auch mit Soldaten- und Arbeiterräten in Deutschland verhandeln, ist eine Behauptung ohne Grundlage. Vielmehr sind die Alliierten entschlossen, gerade jene russischen Soldaten- und Arbeiterräte zu beseitigen, und sie werden eine Fortsetzung in Deutschland gleichfalls mit Waffengewalt brechen.

Wir haben schon mehrfach darauf hingewiesen, daß die Entente vor allem nach einem Vorwand sucht, um in Deutschland einmarschieren zu können.

Die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission

Ueber die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission vom 21. d. M. wird noch gemeldet: Zur sofortigen Regelung der Gefangenenfragen baten die deutschen Vertreter die Vertreter der Alliierten zu Besprechungen nach Berlin ein. Die Einladung wurde angenommen. Vertreter Frankreichs, Englands und Amerikas sollen in einigen Tagen in Berlin eintreffen. Der französische Vertreter wird in Spa vorher mit den Waffenstillstandskommissionen Rücksprache nehmen. Von deutscher Seite wurde ferner die Erlaubnis zum Abtransport der zurückgebliebenen deutschen Truppen aus der Krim auf dem Seewege Sebastopol—Nikolajew erbeten, da die eisenbahntechnischen Schwierigkeiten einem Abtransport zu Lande im Wege ständen. Die Vertreter der Alliierten ist weiter mitgeteilt worden, man wünsche sehr, ihren Wünschen entsprechend in Deutschland Bahnpersonal für den Betrieb der den Alliierten ausgelieferten Linien zusammenzuziehen. Die 5000 Lokomotiven, die sich noch im Osten und auf dem Balkan befinden und von uns in Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen angeboten worden, sind nicht Beutelokomotiven, sondern durchweg deutscher Herkunft. Der englische Vertreter überreichte im Auftrage der englischen Regierung eine sehr scharf gehaltene Erklärung über die lückenhafte Behandlung der britischen Gefangenen. Es würden die verantwortlichen Personen gegebenenfalls zur Rechenschaft gezogen, voller Ersatz verlangt und die Bedingungen des Waffenstillstandes eventuell mit Gewalt durchgesetzt werden. Der deutsche Vertreter protestierte sodann gegen die vorzeitige Besetzung von Orten in der Pfalz und vorzeitige Gefangennahme deutscher Soldaten auf linksrheinischem Gebiete. — Dem General Nudant ist folgende

Protestnote

überreicht worden: „Hierher gelangten Nachrichten zufolge ist bei der Besetzung Elsaß-Lothringens durch die Alliierten der Verkehr zwischen diesen Gebieten und dem übrigen Deutschland gänzlich unterbrochen worden. Dies erstreckt sich nicht nur auf den Personen- und Güterverkehr, sondern auch auf den Telephon-, Telegramm- und Postverkehr. Hierdurch ist auch der Zahlungsverkehr zwischen Elsaß-Lothringen und dem übrigen Deutschland zum Stillstand gekommen. Wie ohne weiteres ersichtlich ist, werden hierdurch Folgen hervorgerufen, die das Wirtschaftsleben in den elsaß-lothringischen Gebieten auf das schwerste bedrohen. Die Lohngelder können an vielen Stellen nicht rechtzeitig beschafft werden. Ferner können die Gelder für ausgeführte Lieferungen nicht an die Empfangsberechtigten eingehen. Seit drei Tagen sind ähnliche Zustände auch in den besetzten linksrheinischen Gebieten eingetreten, z. B. in Saarbrücken. Es wird gebeten, diese unhaltbaren Zustände, namentlich auch im Interesse der linksrheinischen Arbeiterschaft, die an erster Stelle hiervon betroffen wird, sofort abzustellen."

In der Sitzung vom 25. November erklärte der französische Vorsitzende, daß für die Berechnung der

Räumungsfristen

nach Tag und Stunde der Unterzeichnung des Vertrages der 11. November 6 Uhr vormittags deutscher Zeit gilt. Es wurde ferner ein Antrag von dem französischen Vorsitzenden gestellt, während der Besetzung des linksrheinischen Gebietes und der Brückenköpfe zur Regelung gewisser militärischer Fragen als Verbindungsoffiziere den drei deutschen Verwaltungsbehörden jeder der drei großen Brückenköpfe und für die bayrische Pfalz je einen Generalstabsoffizier anzugliedern. Die Antwort auf den Antrag ist noch nicht gegeben worden.

Demonstrativer Einzug in Berlin?

+ Bern, 27. November

An dem Plan eines demonstrativen Einzuges der alliierten Truppen durch das Brandenburger Tor in Berlin wird nicht nur von französischer, sondern auch von englischer Seite festgehalten.

In einem Leitartikel warnt „Secolo" vor der Vergewaltigung der deutschen Einheit, die gefährliche Folgen haben könnte. Nach Vernichtung des deutschen Imperialismus müßten die Ententevölker dem bisherigen Gegner loyal die Hand als künftige Freunde entgegenstrecken.

Der Wert des abgelieferten Materials

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

z. Zürich, 27. November

„Secolo" meldet aus Paris: Im Kammerausschuß wird der Wert der vom Deutschland auszuliefernden Sicherheiten an Kriegsschiffen und rollendem Material auf rund zwei Milliarden Franken beziffert.

Auslieferung Wilhelms II.?

In der Entente-Presse wird die Forderung nach der Auslieferung des ehemaligen Deutschen Kaisers immer dringlicher erhoben:

g. Genf, 27. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der „Temps" meldet: Die Kommission zur Prüfung der Schuldfrage am Kriege in Versailles hat beschlossen, der großen Ententekonferenz den Antrag zu unterbreiten, ein Auslieferungsbegehren gegen den früheren Deutschen Kaiser an die holländische Regierung zu richten.

× Paris, 26. November. (Havas.) Der Professor der Rechtsfakultät Barthelemy veröffentlicht im „Matin" einen langen Artikel, in dem er zum Schlusse sagt: „Die vom früheren Kaiser befohlenen Grausamkeiten sind selbst im Kriegszustande durch das Völkerrecht und das internationale Recht verdammt und bilden Verbrechen gegen das gemeinsame Recht. Der Kaiser ist rechtlich strafbar als Urheber der Grausamkeiten, die er im Widerspruch mit den Kriegsgebräuchen zu begehen befahl. Folglich kann er ausgeliefert werden.

* Berlin, 27. November. Dem „Paris Midi" teilt ein Entente-Diplomat unter der Bedingung, daß sein Name nicht genannt wird, über das Schicksal Wilhelms von Hohenzollern das Folgende mit: Der Deutsche Kaiser kann nicht mehr in Holland bleiben. Seine Gegenwart und die seines Sohnes machen der holländischen Regierung zu große Sorgen. Ueber die Rückkehr beider nach Potsdam braucht man sich den Kopf nicht zu zerbrechen. Auf jeden Fall werden wir alles tun, um das zu verhindern. Der gewesene Kaiser und sein Sohn werden, gleichviel mit welchem Ziele, das Gebiet Hollands nicht ohne Zustimmung der Alliierten verlassen. Das alte Deutschland kann aus seiner Asche nicht mehr erstehen. Alles ist vorgesehen worden. Der Kaiser und der Kronprinz sind gut versorgt. Es handelt sich nicht um Korfu, auch nicht um Potsdam, doch werden die einsamen Spaziergänge im Park von Amerongen nur einige Zeit dauern.

× London, 26. November. Das Reutersche Bureau erfährt, daß das Kriegskabinett den Rechtsberatern der Krone Auftrag gegeben hat, über die Frage der jetzigen Stellung des früheren Kaisers und über die Rechtslage des Falles Bericht zu erstatten.

Der Korrespondent Reuters in Belgien will aus guter Quelle erfahren haben, daß die von der französischen Regierung befragten Rechtsgelehrten erklärt haben, es sei die Pflicht Hollands, die Auslieferung des Deutschen Kaisers zu befehlen. Die Alliierten erwägen ein gemeinsames Vorgehen, bei dem die Auslieferung des Kaisers gefordert werden soll.

Aufregung in der Pfalz

(Privattelegramm)

+ Ludwigshafen, 27. November

Die Besetzung der Westpfalz mit schwarzen Truppen der Franzosen hat in der Bevölkerung große Aufregung und Entrüstung hervorgerufen. Gestern abend sind in Germersheim 12 französische Offiziere zur Uebernahme und zum Abtransport der Gefangenen in den pfälzischen Kriegsgefangenenlagern eingetroffen. — Staatssekretär Erzberger telegraphierte, daß die Aufrechterhaltung des Verkehrs zwischen dem rechtsrheinischen Gebiet und der besetzten Pfalz gemäß den Waffenstillstandsbedingungen gewährleistet sei.

Einzug Pétains in Straßburg

Nach einer Havas-Meldung hielt Marschall Pétain, von General Gérardin begleitet, gestern seinen feierlichen Einzug in Straßburg an der Spitze der Armee Wantzen.

Erklärung des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung

× Berlin, 27. November

Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung teilt mit: Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung hat auf dringendes und einmütiges Verlangen aller Frontsoldatenräte, mit denen er bisher im Verbindung gekommen ist, und die bereits einen überwiegenden Teil des Feldheeres darstellen, für den 1. Dezember einen Vertretertag der Soldatenräte nach Bad Ems einberufen. Am Augenblick seiner ersten Entstehung, in den Tagen vom 9 bis 11. November, stellte sich Soldatenrat der Obersten Heeresleitung entschlossen einmütig, indem sie der Obersten Heeresleitung die bündige Erklärung abnahm: „Sämtliche Truppen des Hinterlandes bis zurück begehren den sozialen, demokratischen Freistaat. Der Kaiser ist gestürzt. Es wird auch nicht ein einziger Soldat im Großen Hauptquartier Waffen gegen Volksgenossen erheben. Wir sind nicht bereit, und für die verantwortlichen Führer der bisherigen unbeschränkten Militärherrschaft einsetzen zu lassen. Wir sind aber bereit, nach besten Kräften unsere Hilfe zur Verfügung zu stellen, damit nicht der Heeresorganismus im Augenblick der Demobilisierung der Auflösung verfalle. Denn das würde unabsehbares Elend herbeiführen."

Auf das einhellige Verlangen der Frontsoldatenräte, für Regierung und Nationalversammlung einzutreten, werden wir dem Vertretertage eine Entschließung zur Beratung vorlegen. Die vorläufige Regierung Ebert-Haase hat die Pflicht, den Friedenschluß zu sichern und mit allen Mitteln auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes für Männer und Frauen die schnellste Berufung der verfassunggebenden Nationalversammlung zu betreiben. Die unabsehbare Wirkung dieser, die heute noch unter den Waffen stehen, muß dauernd gewährleistet werden. Die vorläufige Regierung will, daß wir ihr vertrauen. Sie wird sich aber ihrer ungeheuren Verantwortung bewußt bleiben, an der Spitze des Reiches nicht Parteigeschäfte treiben und uns nicht der allgemeinen Auflösung verfallen lassen, sondern im Dienste aller den wahren deutschen Freistaat schaffen helfen. Dann sind wir bereit, ihr zu dienen, wie die Stunde es fordert.

Ein Aufruf

× Wilhelmshöhe, 26. November

Der Soldatenrat der Obersten Heeresleitung hat heute einen Aufruf an die Soldaten des Feldheeres gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Endlich stehen wir wieder auf heimatlichem Boden. Unsägliche Leiden haben wir in langen Kriegsjahren ertragen. Ein andres Vaterland nimmt uns auf. Das alte, das uns in den gräßlichen Krieg entsandte, besteht nicht mehr. Die alte Ordnung der Gewalten ist zusammengebrochen; eine neue Ordnung bildet sich. Aber ungeheure Gefahr droht sie. Werden wir eine Heimat haben oder soll sich Deutschland in eine Trümmerstätte verwandeln? Das Feldheer und mit ihm das ganze deutsche Volk verlangt vor allem nach Frieden, Arbeit und Brot, nach Demokratie. Wir wollen Frieden. Es darf nicht sein, daß einzelne Schichten unsrer Brüder für immer von den Regierungsgeschäften ausgeschaltet werden. Alle sollen ihre Stimme mit zur Geltung bringen können. Das kann nur in der alsbald unter Mitwirkung des Feldheeres einzuberufenden Nationalversammlung geschehen. Die neue Regierung Ebert-Haase steht auf demselben Boden." — Ferner wird in demselben Aufrufe ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen und weiterer Ausbau der Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung verlangt.

Ministerium für industriellen Wiederaufbau in Frankreich

× Paris, 26. November. (Havas)

Der Ministerrat beschloß die Umwandlung des Ministeriums für Rüstungsangelegenheiten in ein Ministerium für industriellen Wiederaufbau, dessen Leitung Loucheur erhält.

Der Siegesrausch der Franzosen

Von unserm Mitarbeiter

Rotterdam, 21. November

Bei genauerer Durchsicht der französischen Presse, die trotz im Zeichen der „ehernen Tage" lebt, gewinnt man den Eindruck, daß Siegesrausch- und Kriegsbegeisterungsgedanken unsern Ohren bedenken, ein Schlag in der Sonne des Hasses sein werde. Die französischen „Mitarbeiter" — der Name steht im „Matin", „Matin" und andern Blättern zu lesen — wünschten sich die Fortsetzung des Krieges auf deutschem Boden. Sie taten kund und schufen ihrem Zorn darüber aus, daß man die „deutschen Horde" nicht vernichten konnte, ehe es zum Waffenstillstand kam. „Ein Stabsoffizier des Marschall Foch" schrieb im „Mercure de France": „Wir hätten rascher operieren müssen, um das Ziel — Eroberung des deutschen Rheingebietes, Besetzung aller wichtigen deutschen Eisenbahnknotenpunkte, Zerschneidung des ganzen deutschen Eisenbahnnetzes — zu erreichen. Ich bedaure unendlich Kriegsmittel, daß er mit Schlägen in noch kürzeren Zwischenräumen hätte führen können. Wer hätte aber geahnt, daß sich das deutsche Volk bedingungslos unterwerfen würde, ehe wir seinen Heimatboden betreten? Wer hätte geahnt, daß Nahrungsmittelnot die Deutschen zu Boden schlagen würde? Ludendorff wäre noch imstande gewesen, den Kampf fortzusetzen. Wir müssen es jedenfalls getan haben. Unsre Truppen sind viel zu gewaltig, als daß wir uns — unsre Bedingungen, wie sie Deutschland annehmen, erzwungen haben werden . . . ." Die Entrüstung erklärt nur durch die Verblendung der Militärkritiker, daß das „deutsche Volk eine ungeheure Revolte begonnen habe" („Matin"), eine gewaltige Empörung.

Man sollte annehmen, daß sich infolge der bedingungslosen Unterwerfung der deutschen Regierung, durch Zeichnung der Waffenstillstandsbestimmungen eine Beruhigung des Hasses ergeben hätte. Das erscheint nun, von ganz nebensächlichen „unerheblichen" Veränderungen abgesehen, nicht dem wahren Sinne der Dinge. Gibt die Verwertung des elsaß-lothringischen „Domme Kibre", man führe ihnen einen Teil der Lebensmittel, erhält in dem Wort- und Waffenlärm die scharfe, hetzerische Ausfälle gegen das deutsche Volk, daß sie weltweit [illegible] sind, die wir angenommen haben, [illegible] vertreten werden. Wie den jahrelangen [illegible] und Entbehrungen des englischen Volkes wird jetzt Hetzerei getrieben, „Echo de Paris". Die Stimmungsbilder neuerlich Zeitungen interpretiert der „Telegraf" dahin, daß „nun zu hoffen ist, daß die deutsche Mehrheit auf einem [illegible] Zweck zusammenkommen wird". Doch der Ausruf „Revanche" klingt in allen Artikeln Anfang und Ende der Gedanken . . .

Es fragt sich nun, ob die französische Regierung erreichen [illegible] wird, um einen erträglichen Zustand in Europa zu schaffen, den Abbau der Hetzpolitik vorzubereiten, die innere Wiederherstellung des deutschen Staates durch konkrete Mittel zu fördern. Die französische Regierung steht [illegible] im Vordergrunde des Interesses, denn sie beansprucht bei ihren Verbündeten die volle Berücksichtigung ihrer Wünsche, als der in Wahrheit der Pichon [illegible] „Frankreich ist das Nachbarland Deutschlands unmittelbar im Bereiche der Gefahr und muß deshalb gegen alle Eventualitäten gerüstet sein . . . Solange das nicht geschehen, gibt es für Frankreich keinen Frieden." Wie sich Wilson mit Clemenceau und Pichon über die Frage einigen wird, kommt hier erst nicht in Betracht. Deutschland vermag nur dadurch zur Milderung der Friedensbedingungen beizutragen, daß es sich im Innern konsolidiert. Geht man den Stimmungsberichten aus französischen Regierungskreisen nach, so liegt man auf der [illegible] wenn auch plausibel [illegible] Tatsache, daß [illegible] französischen Nationalisten die Ausdehnung und [illegible] der deutschen Revolution gut in den Kram paßt. Diesen Nationalisten, zu denen fast alle Truppenführer und ein Kreis einflußreicher Politiker [illegible] sich das Wort [illegible] um den Sieg zuschreiben gehören, all diesen „Patrioten" käme es gelegen, wenn man sich „gewaltig sehen würde", in Deutschland die Ruhe wiederherzustellen und unter den Bajonetten der Entente eine Regierung aufzustellen, die es dem Sieger und dem „befreiten deutschen Volke" recht machen könnte. So [illegible] die Franzosen doch noch nach Berlin.

Wird dem Geschehenen in Deutschland zieht die französische Militärpartei das „Frankreich der marchoux", schon jetzt gewaltigen Nutzen. Es bringt den Elsaß-Lothringern die „Ruhe und die Freiheit". Es verspricht die französische Republik, wo die Worte „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" noch lange nicht Wirklichkeit geworden, mit den „anarchischen Zuständen in Deutschland" und lobt sich selbst ob der „Güte und Menschlichkeit", die es allen zuteil werden läßt, die heute unter dem Fittichen der französischen Republik Schutz suchen. Die Proklamation des Generals Mangin in Lothringen will bereits einen herzlichen Gegensatz zwischen der französischen und der deutschen Republik erkennen lassen, denn es wird da die „Anarchie" der „edlen Tradition" gegenübergestellt.

In aller Gemütsruhe erörtert die Pariser Presse die Möglichkeit des Bürgerkrieges in den deutschen Staaten, immer von der leitenden Idee ausgehend, daß dadurch die Gründung aller deutschsprechenden Stämme und Herstellung eines republikanischen Staatswesens zustande gemacht würde. An Stelle des Völkerbundgedankens tritt offenbar die Niederhaltung Deutschlands und in engem Zusammenhange damit die Hoffnung auf Frankreichs führende Rolle in Europa. Noch wird es sich im politischen Leben der Republik Elementen ändern müssen, ehe an die fruchtbringende Erörterung des Völkerbundgedankens herangetreten werden kann. Die Nationalisten halten das Heft zunächst in Händen, und die gemäßigten Par-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181128/1